Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Berlin, 20. März. Auf Wunsch des Kaisers behält der Ober-Kämmerer Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode die Führung der Geschäfte im Ministerium des Königlichen Hauses. Derselbe hat sich unter den obwaltenden Umständen dazu bereit erklärt, so lange seine Privatangelegenheiten es ihm gestatten.

Berlin, 20. März. Bei der heute in Danzig erfolgten Wahl eines neuen Landes-Direktors für Westpreußen wurde an Stelle des aus diesem Amte geschiedenen Abg. Dr. Wehr der Landrath Jäckel (Strasburg i. Westpr.) in engerem Wahlgange mit 31 gegen 21 St. gewählt.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl.
Dresden, 1888.

Meyer's Schlafröcke, Havelocks, Joppen, Saccos etc. etc.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstrasse 4 u. 5.

Neueste Börsen-Telegramme.

Stettin, 20. März. (Getreidem.) Weizen unverändert, loco 157—163, pr. April-Mai 162,50, Juni-Juli 170,00. Roggen unv., loco 101 112, pr. April-Mai 115,50, Juni-Juli 120,00. Pommerscher Hafer loco 101—108. Rüböl geschäftslos, April-Mai 45,50, Sept.-Oct. [illegible]. Spiritus geschäftslos, loco ohne Faß [illegible], [illegible], April-Mai [illegible]. Petroleum loco [illegible] 13,20.

Breslau, 20. März. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Ltr. 100% [illegible], Verbrauchsabgabe per März [illegible], April-Mai [illegible], Mai-Juni [illegible]. Roggen per März [illegible], pr. April-Mai [illegible], Mai-Juni 112,00. Rüböl per März [illegible], April-Mai [illegible]. Zink: [illegible] 19,50 bz. — Wetter: Schön.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

N. Salm, Gravir- u. Präge-Anstalt,
Special-Fabrik geprägter und gummirter Siegel-, Packet-Verschluss- und Schutzmarken.
Plauen b. Dr., Kaitzerstr. 17. Geschäftslocal: Dresden, Marienstr. 8.
Zur gefälligen Beachtung grosse Auswahl von Signir-Schablonen in Zink, Messing und Kupfer, sowie aller Gattungen Handfarbstempel und Stempel Apparate, und hält sich zur Ausführung von Gravir-Arbeiten jeder Art bestens empfohlen.

Preuss & Brendecke,
Dresden, König Johannstrasse 3, zunächst dem Altmarkt.
Posamenten und Knöpfe. Futterstoffe und alle Nähartikel. Seidene Bänder, Corsetts, Spitzen.
En gros. En detail.

Prof. Dr. Jäger's **Normal-Anzüge,** genau nach Maaß, **Tricot-Stoffe**, von 10 Mark an per Meter. Jean Schieme Nachf., Neustädter Rathhaus.

Nr. 81. Spiegel: Die Botschaften an den Reichstag und den preußischen Landtag. Kaiserliche Gnadenbeweise. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Landtagsnachrichten. Frühling! Gerichtsverhandlungen. Concert Papier, Verdi's „Othello". Kunstverein.
Mittwoch, 21. März.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

In seiner Doppeleigenschaft als Reichskanzler und als preußischer Minister-Präsident hat Fürst Bismarck am Montage im Reichstage und Landtage die beiden Botschaften zum Vortrage gebracht, die Seine Majestät der Kaiser Friedrich als solcher und als König von Preußen an die Reichs- und Landesvertretung gerichtet hat. Die an den Reichstag gerichtete ist einzig vom Fürsten Bismarck gegengezeichnet, da derselbe der einzige verantwortliche Beamte des Reichs ist: die dem preußischen Landtag zugegangene trägt außer dem Namen Bismarck auch die Gegenzeichnung der übrigen verantwortlichen Minister Preußens. Beide Botschaften ergänzen sich gegenseitig. Der preußische Landtag hatte betreffs der Stunde der Entgegennahme der allerhöchsten Botschaft den Vortritt vor dem Deutschen Reichstag, weil Kaiser Friedrich erst dadurch, daß er verfassungsmäßiger König von Preußen geworden ist, auch die Deutsche Kaiserwürde zu Rechten trägt. Das Königreich Preußen ist der Eckstein des neuen Deutschen Reichs. Wie sich dort der Uebergang der Souveränität von einem Herrscher auf den anderen vollzieht, das ist daher von der höchsten Bedeutung für die staatsrechtliche Ordnung und alle anderen Verhältnisse im Deutschen Reiche und alle seine Bewohner. Es kann daher nur zur hohen Befriedigung gereichen, daß König Friedrich in der Botschaft an seinen Landtag ausdrücklich erklärt, daß er sich der ihm nach Art. 54 der preußischen Verfassung obliegenden Pflichten voll bewußt ist. Diese erste Pflicht ist eben die Ablegung des Eides auf die Verfassung. Warum die Erfüllung dieser Pflicht erst auf bessere Zeiten verschoben wird, ist allgemein bekannt. Unbeschadet dessen legt König Friedrich schriftlich das Gelöbniß ab, die Verfassung seines Königreichs fest und unverbrüchlich zu erhalten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren zu wollen. Der König bezieht sich im Uebrigen betreffs seiner Regierungsgrundsätze auf Das, was er seinem getreuen Volk bereits verkündet hatte. Bedeutungsvoll sind außerdem noch zwei Stellen. „In den Wegen Unseres glorreichen Herrn Vaters wandelnd, werden Wir kein anderes Ziel Unseres Strebens kennen, als das Glück und die Wohlfahrt des Vaterlands". Für dieses schöne und bestimmte Wort ist das Volk der Preußen und mit ihm die Nation der Deutschen dem neuen Herrscher zu großem Dank verpflichtet. Giebt es an sich schon für einen Fürsten keine höhere und edlere Aufgabe, als die Förderung des Glücks und der Wohlfahrt des Vaterlandes, so kann die neue Majestät dieses Ziel auf keinem Wege sicherer erreichen, als indem sie die Pfade ihres glorreichen Vorgängers wandelt. Der freudigen Zustimmung des Volkes darf Kaiser Friedrich dabei um so sicherer gewiß sein, wenn er sich hierbei des Rathes und der Unterstützung eines so erprobten Dieners wie Fürst Bismarck ist, auch in Zukunft wie weiland Kaiser Wilhelm bedient. Die zweite bedeutsame Stelle der Botschaft an den Landtag ist die, worin König Friedrich gelobt, in gewissenhafter Beobachtung der Verfassung „unter Wahrung der Machtfülle der Krone" vertrauensvoll und gemeinsam mit der Landesvertretung am Heile des Vaterlandes arbeiten zu wollen. Man beachte die eingeklammerten Worte! Wenn die Deutschfreisinnigen sich noch in dem Wahne wiegen sollten, der neue Herrscher werde zu Gunsten einer Parlamentswirthschaft auf unzweifelhafte und (so fügen wir hinzu) heilsame Kronrechte zu verzichten geneigt sein, so hat seine Botschaft dieses Wahngebilde gründlich zerstört. Schon bisher war bekannt, daß der frühere Kronprinz auf die Wahrung seiner Rechte stets eifrig bedacht war. Als Souverän wird er noch viel weniger Neigung verspüren, seine Machtfülle sich schmälern zu lassen.

Auch die an den Reichstag gerichtete kaiserliche Botschaft versichert zunächst den Entschluß, die Reichsverfassung unverbrüchlich zu beobachten. Sie erläutert dies noch durch ausdrückliche Bezugnahme auf die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten und des Reichstags, deren gewissenhafte Achtung und Wahrung der Kaiser besonders gelobt. Auch in dieser Botschaft beruft sich ihr fürstlicher Urheber auf das Vorbild seines unvergeßlichen Herrn Vaters und verheißt in Gemeinschaft mit den verbündeten Fürsten und freien Städten unter verfassungsmäßiger Mitwirkung des Reichstags des kaiserlichen Amtes in allen seinen Theilen zu warten. Sprach der König von Preußen nur im Allgemeinen, an dem Glück und der Wohlfahrt des Vaterlandes arbeiten zu wollen, so führt dies der Kaiser als solcher im Einzelnen deutlicher aus. Er gelobt, Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung im Vaterlande zu schirmen, die Ehre des Reichs zu wahren, den Frieden nach Außen und im Innern zu erhalten und die Wohlfahrt des Volks zu pflegen. Das sind fürstliche Zusicherungen glückverheißender Art. Das Volk darf dem Ernste des kaiserlichen Willens vertrauen. Nachdem der Kaiser in seiner Reichstagsbotschaft für die Zukunft das Erforderliche gethan, wendet sich sein Blick auf die nächste Vergangenheit zurück. Kaiser Friedrich holt nach, was dem sterbenden Kaiser Wilhelm das Schicksal versagte: er dankt mit ganz besonderer Wärme dem Reichstage für die einmüthige Bereitwilligkeit, in welcher Letzterer die vaterländische Wehrkraft behufs Sicherstellung des Reichs fortgebildet hat. Er übermittelt dieses Vermächtniß seines Vaters dem Reichstage und spricht ihm auch seinen Dank für dessen auf's Neue bewiesene patriotische Haltung aus. Wer sollte nun noch davon faseln, daß Kaiser Friedrich nichts Eiligeres zu thun habe, als diesen patriotischen Reichstag aufzulösen?

Vergleicht man beide Botschaften mit einander, so tritt in der an den Reichstag ein ungleich wärmerer Ton hervor. Während sich die an den preußischen Landtag auf die Erfüllung des durch die Lage der Dinge Nothwendigen beschränkt und auch die Worte, die Wahl und Ordnung der Ausdrücke vorzugsweise der fürstlichen Gewalt des neuen Souveräns gerecht werden, bringt die Botschaft an den Reichstag auch noch die Person des Kaisers in unmittelbaren Verkehr mit der Volksvertretung. Ein frischerer, lebendiger, die Aufgaben der Gegenwart in's Auge fassender Zug geht durch sie durch. Haben beide Botschaften den neuen Herrscher selbst zu ihrem Verfasser, so mußte derselbe auch in Wortwahl und Satzbau sehr glücklich den Unterschied zwischen dem alten Preußen und dem neuen deutschen Reiche wiederzuspiegeln. Unterschied jedoch Kaiser Friedrich nur die ihm unterbreiteten Entwürfe, so muthmaßen wir in dem Verfasser der Landtagsbotschaft einen vorzugsweise juristisch geschulten Kronrath, während die frische Färbung und die Wärme der Reichstagsbotschaft auf die kraftvolle Feder des Fürsten Bismarck schließen läßt.

Es widersteht uns, die hohen Gnadenbeweise und Auszeichnungen, die Kaiser Friedrich schleunig und mit freigebiger Hand austheilt, mit Bemerkungen zu versehen. Unerwähnt kann jedoch nicht bleiben, was deutschfreisinnige Zeitungen betreffs der Verleihung des Schwarzen Adlers an den Justizminister Friedberg erzählen. Wir haben guten Grund, diese Darstellung ausnahmsweise für richtig zu halten. Als im November v. J. die Aerzte in San Remo zum ersten Mal Näheres über die schwere Erkrankung des damaligen Kronprinzen bekannt gaben, erörterte man am Kaiserhofe die Einrichtung einer Regentschaft. Schließlich wurde ja auch Prinz Wilhelm mit der sog. kleinen Unterschrift beauftragt. Man versichert nun, daß damals auch davon die Rede gewesen sei, daß die Krankheit den Kronprinzen unfähig zur Ausübung der Regentenpflichten mache, so daß er von der thatsächlichen Ausübung seines monarchischen Rechts auszuschließen sei. Da hat nun der Justizminister Friedberg auf Betreiben der damaligen Kronprinzessin und im Auftrage des Kronprinzen ein staatsrechtliches Gutachten dahin abgefaßt, daß derselbe vollkommen regierungsfähig sei. (Zu demselben Ergebniß ist übrigens damals auch Fürst Bismarck gekommen). Jetzt hat nun der Kaiser Friedrich sich beeilt, Herrn Friedberg in hervorragender Weise seinen Dank abzustatten. Der Schwarze Adler ist nicht blos auf das Wohlwollen zurückzuführen, das der Kaiser seinem früheren Lehrer bewahrt hat, sondern seine Verleihung ist zugleich eine Anerkennung dafür, „daß Herr Friedberg in den Verhandlungen der letzten Monate richtige staatsrechtliche Grundsätze seltsamen Irrthümern gegenüber mit aller Klarheit und Bestimmtheit aufrecht erhalten hat". Ob diese und andere fürstliche Auszeichnungen noch durch Personalveränderungen anderer Art begleitet werden, ist zunächst abzuwarten. Gewisse deutschfreisinnige Zeitungen schwelgen bereits in hochgehenden Hoffnungen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 20. März.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die bereits mitgetheilte Adresse in Beantwortung der Königl. Botschaft von gestern auf Antrag des Abg. v. Schorlemer per Acclamation einstimmig und debattelos an und nahm dann die dritte Berathung des Staatshaushalts für 1888/89 vor. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage wurde die Debatte möglichst eingeschränkt. In der Generaldebatte vertheidigte Windthorst Sparsamkeit und befürwortete eine Reform der direkten Steuern im Sinne der Entlastung nach unten. Rickert wünschte zu wissen, ob noch in dieser Session eine Vorlage wegen Erlasses der Reliktenbeiträge der Lehrer zu erwarten sei, konnte aber keine Auskunft erhalten, da die Minister infolge der stattfindenden Vereidigung der Beamten am Erscheinen behindert waren. Die Nationalliberalen beantragten die Wiederherstellung der in der 2. Lesung gestrichenen Mehrforderung von 6900 Mk. zur Ausbildung von altkatholischen Theologen. Der Antrag ward mit 181 gegen 137 Stimmen abgelehnt. Morgen Schluß der Sitzung vor Ostern.

Berlin. Der Reichstag hielt heute die letzte Sitzung ab. Präsident von Wedell-Piesdorf beantragte die Annahme der Adresse. Dieselbe besagt: In tiefster Ehrfurcht hat der Reichstag die Botschaft vernommen. Wir sind erfüllt von der Dankbarkeit, daß Se. Majestät nach dem Heimgange des in Gott ruhenden Kaisers die mit der deutschen Kaiserwürde verbundenen Rechte und Pflichten, alle Hindernisse überwindend, sofort übernommen habe, mit dem Entschluße, die Verfassung unverbrüchlich zu beachten und aufrecht zu erhalten und demgemäß die verfassungsmäßigen Rechte der Bundesstaaten und des Reichstages gewissenhaft zu achten und zu wahren. Mit Sr. Majestät trauert ganz Deutschland in bitterem Schmerze um den großen Herrscher, dem Deutschland seine Wiedervereinigung verdankt, dessen Leben gewidmet war der Stärkung der für Deutschland gewonnenen Machtstellung als Hort des Friedens und Befestigung des Bandes, welches er um Deutschlands Stämme geschlungen, der bis an sein Ende unablässig bemüht war, für das Wohl aller Klassen unseres Volkes zu sorgen. Der Reichstag ist entschlossen, an der Lösung der Aufgaben, welche Kaiser Wilhelm sich gestellt, und als Vermächtniß dem deutschen Volke hinterlassen hat, an seinem Theile mitzuarbeiten in nie wankender Treue gegen Kaiser und Reich und in unerschütterlicher Hingebung an Ew. Majestät. Majestät haben den Willen kundgegeben, Recht, Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung im Vaterlande zu schirmen, die Ehre des Reiches zu wahren, den Frieden nach Außen und Innen zu erhalten und die Wohlfahrt des Volkes zu pflegen. Der Reichstag ist bereit, Ew. Majestät in der Durchführung dieses Willens mit allen Kräften zu unterstützen. Einmüthig hat der Reichstag bewilligt, was zur Erhaltung der Wehrkraft Deutschlands erforderlich war, in der festen Hoffnung, damit ein Bollwerk zu schaffen, welches, so Gott will, den Frieden Europas erhalten wird. Wir leben der Zuversicht, daß das deutsche Volk fest geeint mit seinem Kaiser und den Regierungen der deutschen Staaten einer glücklichen Zukunft entgegengeht und alle Stürme, welche über uns hereinbrechen könnten, siegreich bestehen wird. Möge Gottes Segen auf Ew. Majestät und dem Vaterlande ruhen. In tiefster Ehrfurcht verharrt der deutsche Reichstag. Die Adresse ward einstimmig und debattelos angenommen, ebenso der Antrag Ackermann und Gen. (Mitglieder aller Parteien) den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage in nächster Session eine Vorlage behufs Errichtung eines Denkmales für den hochseligen Kaiser Wilhelm, den Gründer des deutschen Reiches, zu machen. Die Sozialdemokraten waren nicht anwesend. Die Gesetze betreffs des Reingewinnes aus dem Generalstabswerke, die Ausführung der internationalen Literarkonvention und die Löschung von Firmen im Handelsregister wurden en bloc und definitiv angenommen. Damit sind die Arbeiten der Session erledigt. Graf Moltke dankte dem Präsidenten für die umsichtige und unparteiische Leitung der Geschäfte. Der Präsident dankte für die Unterstützung des Hauses. Staatssekretär von Bötticher verlas die kaiserliche Botschaft vom 12. d. M., welche die Session schließt. Nach einem dreifachen Hoch auf den Kaiser ging der Reichstag auseinander.

Berlin. Der Kaiser hatte eine gute Nacht, hörte Vormittags den Vortrag des Kriegsministers, empfing den Kronprinzen und später den König von Rumänien, der Abends über Wien zurückreiste. — Die „Voss. Ztg." erklärt die Gerüchte von einer neuen Operation für grundlos.

Berlin. Das Herrenhaus nahm die Antwortsadresse an den König, die sich inhaltlich mit der Adresse des Abgeordnetenhauses deckt, an.

Wien. Die Abgeordneten genehmigten mit großer Majorität die gerichtliche Verfolgung des Abg. Schönerer wegen der Tageblatt-Affaire und der Angelegenheit des aufgelösten Commerses der Teutonia. Schönerer ward hierbei wegen heftiger Ausfälle gegen die Presse wiederholt zur Ordnung gerufen, bis ihm schließlich das Wort entzogen ward.

Paris. Der Ordenshandel-Prozeß Caffarel-Limousin ist beendet. Limousin erhielt 6 Monate Gefängniß, während Caffarel unter Annahme mildernder Umstände zu 3000 Franken Geldbuße verurtheilt ward.

Bern. Der Nationalrath bewilligte einstimmig und debattelos die vom Bundesrathe für bessere Organisation der politischen Polizei geforderten Credite.

Frankfurt a. M., 20. März. Credit 212,70. Staatsbahn 171,30. Lombarden 68. Galizier 152,20. Egypter 77,30. 4proc. Ungar. Goldrente 76,90. Diskonto 189,20. [illegible] Russen —. Handelsg. —. Laura —. Still.

Wien, 21. März. Credit [illegible]. Staatsbahn 213,60. Lombarden 71,00. Nordwestb. [illegible]. Marknoten 62,42½. Ung. Credit 270,00. Still.

Paris, 20. März. (Schluß.) Rente 82,07. Anleihe 107,10. Italiener 94,70. Staatsbahn 431,25. Lombarden 183,75. do. Prioritäten —,—. Spanier 68,00. Egypter 393,43. Ottomanen [illegible]. Neue Anleihe —. Türken —. Behauptet.

London, 20. März. Consols 11 Uhr 10 Min. Consols [illegible]. 1873er Russen 91½. Italiener 93¼. Lombarden 6⅞. Neue Türken 13⅞. 4proc. fundirte Amerikaner 127¼. 4proc. Ungar. Goldrente [illegible]. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 106. Egypter 72⅞. Neue Egypter 101⅞. Garant. Egypter 100½. Ottomanbank 9⅝. Suez-Actien 81½. Spanier 67⅛. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Schnee.

Amsterdam, 20. März. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 195. Roggen per März 109, per Mai [illegible].

Paris (Produkten), 20. März. (Schluß.) Weizen per März 22,75, per Mai-August 22,75, matt. Spiritus per März 47,50, per Septbr.-Decbr. 46,00, ruhig. Rüböl per März 51,25, per Septbr.-Decbr. 53,50, ruhig.

Lokales und Sächsisches.

— An der gestern Nachmittag halb 6 Uhr im Königl. Residenzschlosse stattgefundenen Hoftafel nahm auch Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg theil.

— Ihre Majestät die Königin wird dem Vernehmen nach nächste Mittwoch nach hier wieder zurückkehren.

— Der König von Rumänien traf gestern Abend 8 Uhr 50 Minuten, von Berlin kommend, auf dem Böhmischen Bahnhof ein und setzte nach kurzem Aufenthalt die Reise nach Oesterreich fort.

— Se. Kgl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg ist vorgestern von Berlin hier eingetroffen und im Hotel Bellevue abgestiegen.

— Erzherzog Otto, welcher seine Gemahlin Erzherzogin Maria Josepha nach Abbazia begleitet hatte, ist von dort wieder zurückgekehrt.

— **Landtag.** Die 1. Kammer ließ in ihrer Montagssitzung die Petition der Gemeinde Mittelbach um Ertheilung der Concession zu einer Apotheke auf sich beruhen, überwies die Petition um Errichtung einer Apotheke in Pieschen zur Kenntnißnahme und die Petition um Errichtung einer Apotheke in Großhartmannsdorf zur Berücksichtigung. Bericht erstattete Frhr. v. Burgk. Die Petition des Schulvorstandes zu Sterngut-Wolmsdorf, die Lehrbücher in den Volksschulen betr., über welche Bürgermeister Heinrich Bericht erstattete, blieb auf sich beruhen. — In der gestrigen Sitzung der 1. Kammer stand das Budget der unter dem Ministerium des Innern stehenden Landesanstalten zur Berathung. Zu einer längeren Debatte führte der Dep.-Antrag, dem Landesverein für innere Mission eine einmalige Unterstützung von 100,000 Mk. zur Pflege von Epileptischen zu bewilligen. Graf Rex, Frhr. v. Burgk, Dr. Kohlschütter und Dr. Pank sprachen sich für den Dep.-Vorschlag aus, während Domherr Dr. Küstner einige Bedenken gegen denselben äußerte, denen Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz entgegentrat. Der Dep.-Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen, ebenso die Bewilligung von 300,000 Mk. zum Ausbau des Carolahauses nach einer warmen Befürwortung seitens des Super. Dr. Pank ausgesprochen. Zu einer lebhaften Debatte führte auch die Position von 13,000 Mk., aus welcher die Unterhaltung der Freiberger Kreuzgänge zu bestreiten ist. v. Schönberg sprach sich für die völlige Erhaltung des Bauwerkes aus, Bürgermeister Beutler kennzeichnete seine Stellung als Bürgermeister von Freiberg und Oberhofprediger Dr. Kohlschütter die Stellung der geistlichen Oberbehörde. Die Position fand schließlich einstimmige Bewilligung. Bezüglich der Landesanstalten sprach Oberbürgermeister Dr. Stübel seine Befriedigung aus, daß die Regierung die Anstalten zu decentralisiren gedenke. Nachdem der Etat der Landesanstalten Annahme gefunden, gab die Kammer ihre Zustimmung zu der Veräußerung und den Erwerb von Grundstücken bei denselben. Bericht erstattete Abg. Pelz.

— **Landtag.** In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer standen mehrere wichtige Capitel des Etats, wie directe Steuern, Zölle, Matricularbeitrag, auf der Tagesordnung. Eine längere Debatte entspann sich über die Grundsteuer und die auf Aufhebung bez. Herabsetzung derselben gerichteten Petitionen. Wie schon erwähnt, beantragt die Deputation, dieselben auf sich beruhen zu lassen. Abg. Kirchbach erklärt, daß er sich durch sein zustimmendes Votum betreffs dieses Capitels nicht präjudicirt sehe für seine Abstimmung über die Dotationen, bezüglich deren er noch immer eine ablehnende Stellung einnehme. Abg. Matthes tritt in längerer Rede für eine Reform der Grundsteuer ein. Das jetzige System sei veraltet und seit nahezu 50 Jahren nicht revidirt. Es sei von großem Werth für den Grundbesitz, daß der Ertragswerth der Grundstücke genau ermittelt werde. Die dadurch entstehenden Kosten einer Neuregulirung würden ungefähr 3 Millionen Mark betragen; so viel sei die Sache schon werth. Eine Berechtigung der Grundsteuer könne er überhaupt nur anerkennen in Verbindung mit einer Vermögenssteuer. An mehreren Beispielen zeigt der Redner, wie verschieden und ungerecht die Grundsteuereinschätzung von Gebäuden gegenwärtig sei. Wenn man also die Grundsteuer nicht abschaffen wolle, so solle man dieselbe wenigstens gerecht vertheilen. Ob 3 oder 4 Pfg. für die Einheit erhoben würden, sei ihm hierbei zur Zeit ganz gleichgiltig. Für eine dringende Nothwendigkeit halte er den Erlaß eines Vermarkungsgesetzes, da es gegenwärtig, wenigstens im östlichen Landestheile, kaum einen Grundbesitzer gebe, der genau wisse, was sein Eigenthum sei. Abg. Uhlemann-Gödlitz erklärt die Doppelbesteuerung aus Grund und Einkommen allerdings für ungerecht, trotzdem könne er sich nicht für die Aufhebung der Grundsteuer entscheiden, zumal da durch die Dotationen die Hälfte derselben den Gemeindeverbänden zurückerstattet würde. Man könne nicht das ganze Steuersystem jetzt umstürzen. Die Abschätzung erfolge jetzt noch nach der veralteten Bonitirung. Ganz unmöglich sei es jedoch, auf Grund der alten Berechnungen eine Neubonitirung vorzunehmen. Man müsse vielmehr mit der Intelligenz der Landwirthe rechnen und das Indi-

Kunstgewerblichen Zimmerschmuck kauft man vortheilhaft bei E. Kreinsen, Amalienstrasse, Ecke Serrestrasse.